

Sehr geehrter Herr Hahn,

„Darf man in der mit Feinstaub und Stickoxiden hochbelasteten Umweltzone Stuttgart fast 200 Millionen Euro für einen Straßentunnel ausgeben, der grenzwertige Schadstoffwerte stellenweise noch erhöht? Nein, den Grenzwerte gelten überall.“ (Schulz-Braunschmidt, StZ, 4.10.2012) Darf man als Umweltbürgermeister einer Vorlage solch einer Vorlage zustimmen? Herr Schulz-Braunschmidt würde sich mit nein antworten. Verletzt man als Umweltbürgermeister nicht seine Amtspflicht, wenn man bewusst einer Vorlage zustimmt, die die Stadt mit weiterem Feinstaub und Stickoxiden belastet? Dies ist eine Frage, die noch zu klären ist.

Alle Politiker und OB-Kandidaten und Kandidatinnen, alle Fraktionen und Parteien reden von Bürgerbeteiligung. Wie müssen sich die Bürger fühlen, wenn der Oberbürgermeister die Einsprüche als „Anregungen“ übergeht und seine Vorlage praktisch unverändert einbringt. Viele Bürger wurden über die Auswirkungen dieses Projektes überhaupt nicht richtig informiert, z.B. die Bürger in Feuerbach. Den Bürgern in Cannstatt versprach man eine Verkehrsberuhigung, die aber bei einem erhöhten Verkehrsaufkommen von ca. 20 000 – 50 000 nicht eintreten wird. (siehe Artikel Cannstatter Zeitung)

Glauben Sie die Bürger fühlen sich ernst genommen? Glauben Sie die Bürger nehmen so ein Vorgehen einfach hin? Die Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Krailenshalde, Annemarie Raab, nennt die Bürgerbeteiligung eine Farce und fordert einen öffentlichen Erörterungstermin, bei dem die Bürger auf alle Fragen konkrete Antworten erhalten – zu Recht! Im Rathaus wird wieder Politik nach dem Tina Prinzip gemacht- es gibt keine Alternative: Der Rosensteintunnel könnte sich zu einem ähnlichen Konfliktfeld entwickeln wie S 21. Schulz-Braunschmidt beschreibt es richtigerweise als ein „Symbol für noch mehr Blech und Abgase, für eine autogerechte Verkehrspolitik von vorgestern.“ (StZ, 5.10.2012,S.19). Das Verfahren gleicht dem Vorgehen bei S 21: schnell durchpeitschen, bevor eine neuer Oberbürgermeister kommt, Fakten schaffen und damit ist das Problem gelöst

Bei S 21 war es, wie sich herausstellte, ein verhängnisvoller Irrtum. Dieser Irrtum könnte sich beim Rosensteintunnel wiederholen.

Ist es nicht ein Affront gegenüber dem neuen Oberbürgermeister, ihm bei Amtsantritt noch ein weiteres Konfliktfeld an den Hals zu hängen? Sollte man die Entscheidung nicht verschieben, sodass der neue OB Gelegenheit hat sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen?

Haben die Gemeinderäte sich wirklich die 2000 Seiten Vorlage angesehen, oder heben sie nur die Hand wie bei dem Cross Border Leasing Vertrag, eine der größten Fehlentscheidungen des Stuttgarter Gemeinderates?

Die SPD- Kreiskonferenz hat sich gegen den Rosensteintunnel ausgesprochen. Bisher hat sich Gemeinderatsfraktion gewöhnlich an diese Vorgaben gehalten. Setzen sich mit der SPD Gemeinderatsfraktion ein weiteres Mal über diesen Beschluss hinweg?

Mit freundlichen Grüßen

*Manfred Niess*

Koordinator des Klima- und Umweltbündnisses Stuttgart